



Jagd und Forst

Aiwanger: "Der Schutzstatus des Fischotters muss abgesenkt werden!"

01. Juni 2025

ROSENHEIM Bayerns Wirtschafts- und Jagdminister Hubert Aiwanger hat beim Landesfischereitag mit dem Präsidenten des Landesfischereiverbands Bayern, Axel Bartelt, eine Ausstellung über den Huchen eröffnet. In diesem Zuge sprach sich Aiwanger unter anderem für eine Absenkung des Schutzstatus des Fischotters aus: „Der Fischotter ist inzwischen wieder genauso wenig vom Aussterben bedroht wie der Wolf und muss künftig ordentlich gemanagt werden können. Der Schutzstatus des Fischotters muss wie beim Wolf in der EU von „streng geschützt“ auf „geschützt“ gesenkt werden und die Bejagung in Deutschland ermöglicht werden. Hierfür muss sich die neue Bundesregierung mit aller Kraft einsetzen.

Die bis zu 1,40 Meter lange Fischart Huchen, die einst als „König der Donau“ galt, ist in ihren Beständen in Bayern bis auf wenige Vorkommen zusammengeschrumpft. Besonders dort wo es überhand nehmende Fischotterpopulationen gibt wie an Regen und Ilz ist der Huchenbestand stark zurückgegangen und dem Untergang geweiht. Der Landesfischereitag in Rosenheim war der Bedrohung und dem Schutz des Huchen gewidmet.

In seinem Grußwort betonte Aiwanger die Wichtigkeit des Fischotter-Managements, aber auch die Bejagungsnotwendigkeit für Kormoran, Gänsesäger und Graureiher. „Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, bis der Fischotter auch den letzten Huchen aufgefressen hat“, sagte der Jagdminister vor rund 200 Delegierten. „Wir haben deshalb schon im vergangenen Jahr gehandelt und über die Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung den Weg für naturschutzgerechte Entnahmen von Fischottern freigemacht. Leider wird diese Artenschutzmaßnahme von Ideologen sabotiert und die Fischotterentnahme ständig beklagt.“

Mehrere höhere Naturschutzbehörden haben die Ausnahmeverordnung im März und April 2025 durch Entnahmekontingente ergänzt. So wurden in Oberbayern 26 Fischotter zur Entnahme freigegeben, davon allein 16 im Landkreis Rosenheim. Sowohl die Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung (AAV) als auch die Gebietsausweisungen durch die Regierungsbezirke Oberpfalz und Oberfranken

wurden allerdings von einem Naturschutzverband aus anderen Bundesländern beklagt und liegen nun „auf Eis“, wie der Minister sagte.

Aiwanger kritisierte die Klagen: „Praktikable Lösungen werden immer wieder von Verbänden außerhalb Bayerns lahmgelegt. So können wir nicht weitermachen.“ Er forderte, das Verbandsklagerecht auf ein vernünftiges Maß herunterzufahren. „Wir müssen als Gesellschaft und Politik auf Änderungen in der Tierwelt schneller reagieren können. Die aktuellen Vorgaben aus Brüssel und Berlin hinken der Realität um Jahrzehnte hinterher. Zahlreiche früher seltene Beutegreifer haben wieder massiv zugenommen und gefährden mittlerweile andere Arten wie den Huchen, autochthone Bachforellenvorkommen, Wasservögel und Muscheln. Das ist aber offensichtlich in vielen Amtsstuben noch nicht angekommen. Tausende Teichwirte haben wegen der zahlreichen Fischräuber schon aufgegeben, Teiche verschwinden als Biotope. Aber auch das interessiert Bürokraten und Ideologen offenbar nicht. Deswegen müssen sich wirkliche Artenschützer wie Fischer, Teichwirte und Jäger noch mehr zu Wort melden“, erklärte der Staatsminister.

Aiwanger: „Es ist nicht im Sinne des Artenschutzes, wenn wir unsere Gewässer elektrisch einzäunen und damit Wasservögel, Frösche und Igel gefährden, die dann geschunden und tot im Elektrozaun hängen. Ebenso wenig wie es Sinn macht, wegen des Wolfes ganze Weidegebiete in den Bergen oder sonst wo einzuzäunen und damit viele andere Tierarten auszusperrern und zu gefährden.“

Aiwanger lobte den Landesfischereiverband Bayern auch für seine Jugendarbeit, die junge Menschen an die Natur herantühre.

Pressemitteilung-Nr. 228/25



Bayerns Jagdminister Hubert Aiwanger beim Landesfischereitag. Foto: Vivienne Klimke